

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 215 B

BERLIN • Dienstag, den 13. September 1932

1. JAHRGANG

# Militärdiktatur setzt sich durch!

## Die „Demokratisierung der Reichswehr“.

Von Willi Eichler.

Manche Leute, besonders im Ausland, sprechen Herrn von Schleicher besondere Klugheit zu. Wir sind geneigt, diese angebliche Klugheit anders zu erklären: durch die besonders ausgeprägte Dummheit des größten Teils der Schleicherschen Volksgenossen. Diese besteht in einer geradezu himalajahaften Unkenntnis der realen Machtverhältnisse in einem Klassenstaat. Man muß nur gesehen und gehört haben, mit welcher Törichtheit (vielleicht auch Feigen) Argumenten selbst linke Politiker gegen eine so eindeutig selbstherrliche Klassengruppe, wie sie durch Hindenburg, Schleicher, Papen vertreten wird, zu Felde ziehen.

In der Diskussion der jüngsten Woche ist fast völlig die klare Sachlage verdunkelt worden, daß die jetzige Reichsregierung bisher die Vertrauenskundgebung des deutschen Reichstages nicht eingeholt hat und daß sie erklärt hat, auch einer Mißtrauenskundgebung nicht zu weichen. Die meisten Parteien haben sich durch die Drohung mit der Reichstagsauflösung ins Böckshorn jagen lassen, obwohl das von Hindenburg und Schleicher so betonte „Präsidialkabinett“ in der deutschen Reichsverfassung überhaupt keine Stelle hat. Es muß immer wieder mit allem Nachdruck betont werden, daß es für die Regierung des deutschen Volkes und für die Bildung dieser Regierung in keinem Fall darauf ankommt, ob der Reichspräsident zu dieser Regierung Vertrauen hat oder nicht. Wenn Herr von Schleicher und seine Regierungsgenossen sich immer wieder darauf berufen, daß sie das Vertrauen Hindenburgs besitzen, so mag das für sie interessant sein — für die verfassungsmäßige Stellung der Reichsregierung ist es absolut unerheblich. Trotzdem hat die Feigheit eines großen Teils der deutschen Lipken vermocht, Herrn Schleicher in seiner verfassungsmäßig sehr wackeligen Position bei ausgezeichnetem politischer Laune zu erhalten, wie dies z. B. aus einer Mitteilung Herrn von Schleichers an die Presse hervorgeht, daß er, entgegen anders lautenden Gerüchten, nicht bereit sei, „zu einer Verfälschung des Gedankens einer unabhängigen Präsidialregierung durch ein tatsächlich von den Parteien gebildetes Kabinett die Hand zu bieten. Er betont, daß er es als eine Untreue gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten ansehen würde, wenn er irgend etwas tun würde, was dem Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könne.“ Aber in diesen Worten suchen wir vergeblich nach einem Wort, das auf die Rücksicht auf den Reichstag schließen läßt.

Worauf beruht die Macht Schleichers, der doch nur ein einzelner Minister in einem großen Kabinett ist? Sie beruht darauf, daß er der Chef einer Truppe ist, die ein Klasseninstrument ist, wie manche andere es höflicher ausgedrückt haben: ein Staat im Staate. Und da dieser Staat im Staate Waffen besitzt, der übrige „Staat“ aber keine, so ist klar, daß der Kommandeur des waffenbesitzenden Staates seine Zeit für gekommen erachtet, zu tun und zu lassen, was ihm beliebt.

### Die Gefahr ist ungeheuer groß.

Und die Arbeiterschaft hätte allen Grund, diesen Reichswehrkommandeur mit allen erlaubten Mitteln zu bekämpfen. Das geschieht weder von der Arbeiterschaft, noch von dem liberalen und demokratischen Bürgertum in irgend wie ausreichender Weise. Das beste Beispiel liefern die Äußerungen dieser Kreise zu der Schleicherschen Aktion, die er mit dem harmlosen Namen des Kampfes um Deutschlands „Gleichberechtigung“ verbunden hat, eine Gleichberechtigung, die sich für ihn darauf bezieht, ebenso zu rüsten wie andere Leute auch. Der „Vorwärts“ bringt diesen Plänen seit Jahren so gut wie keinen Widerstand entgegen, wenn er auch mehr die Abrüstung (der andern Völker) fordert.

Jedenfalls ist von einem Kampf der Sozialdemokratie und auch der Gewerkschaften gegen die bevorstehenden Schleicherschen Aktionen nichts zu spüren.

Die Kommunistische Partei hat für den nationalen Rausch der deutschen Machthaber nichts übrig und hat dies auch eindeutig gesagt.

Den Vogel in bezug auf politische Unkenntnis und illusionären Demokratismus schießt allerdings der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ ab, der in einem ausführlichen Leitartikel Herrn von Schleicher gleichsam unter die Arme greift. Er ist für eine Umwandlung der Reichswehr, für eine Demokratisierung, für eine

Ersetzung der Berufsarmee durch eine Miliz.

Er ist der Meinung, daß auch Herr von Schleicher sich

## Zentrum und Nazis fangen an zu tolerieren / Kritik wird verboten.

### Hindenburg hat Zeit.

Der Empfang der Führer der NSDAP, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei beim Reichspräsidenten, der für Montag nachmittag 17 Uhr angesetzt war, ist auf die Bitte der Parteien hin abgesagt worden. Auf die Bitte des Reichstagspräsidenten Göring, den Empfang nunmehr für Donnerstag anzusetzen, hat Hindenburg erklärt, daß er sich die Festsetzung des Zeitpunktes vorbehalten müsse.

### Regierung und Parlamentsdebatte.

„Die Reichsregierung sieht vielmehr einer solchen Debatte mit großem Interesse entgegen, weil sie sich von ihr eine sehr nützliche Aufklärung des deutschen Volkes verspricht...“ (Aus einer amtlichen Erklärung vom Sonntag.)

Die Regierung hofft anscheinend auf eine Demonstration der inneren Brüchigkeit der schwarz-braunen Koalition.

### Hitler biedert sich an.

Die „Nationalsozialistische Parteikorrespondenz“ veröffentlicht am Sonntag einen Ukas Hitlers, der um einige Tage zurückdatiert ist. (Berlin, 8. September). Darin heißt es:

„1. Die deutsche Wehrfrage drängt auf Lösung. Außenpolitisch muß Deutschland seine verlorene militärische Sicherheit zurückgewinnen, innenpolitisch steht es vor der Aufgabe, seine verschüttete Wehrkraft neu zu begründen. Das deutsche Volk erwartet (aha! Red.) von der NSDAP eine entscheidende Mitwirkung am Aufbau der Landesverteidigung... Ich verfüge daher die Errichtung eines wehrpolitischen Amtes der NSDAP. Mit seiner Leitung wird Pg. Generalleutnant Franz Ritter von Epp beauftragt...“

### Das Licht der Kritik ist unerwünscht.

„Immer mehr wird von den Herrschenden die Möglichkeit unterbunden, ihre Maßnahmen öffentlich einer grundsätzlichen Kritik zu unterziehen.“ Die gegenwärtigen Machthaber in Deutschland teilen nicht Friedrichs des Großen aufgeklärten Standpunkt, daß „Gazetten nicht genieret werden dürfen“.

Der Berliner Polizeipräsident hat am Sonnabend folgende Leistungen zuwege gebracht:

1. Verbot der kommunistischen Zeitschriften „Roter Block“ und „Jugend-Internationale“ für die höchstzulässige Dauer von sechs Monaten (bis zum 8. März 1933);

2. Verbot der in Berlin erscheinenden Wochenendausgabe der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ (deren Tagesausgabe in Breslau erscheint) bis zum 31. Oktober einschließlich. Grund: die „SAZ“ hatte der Justiz den Vorwurf der Parteilichkeit gemacht.

Die kommunistische Zeitung „Justiz und Recht“, die nach Verhängung des neuesten „Rote Fahne“-Verbots herauskam,

unter Umständen auf diese Art von allgemeiner Wehrpflicht mit der demokratischen Linken und mit Frankreich verständigen würde. Was hier Theodor Wolff an Illusionen in einem einzigen Artikel auspackt, verdient weitläufiger die Zensur, die er Pazifisten und Warnern vor der Miliz ausstellt: „Aufmerksamkeit: für logisches Denken leider bisweilen nicht genügend. Rechnen: schlecht!“

Wolff meint, der Nachteil der Reichswehr liege darin, daß sie kein Volksheer sei: „Ein besoldetes Berufsheer ist ein Staat im Staate, eine Miliz, die nach schweizerischem Muster aus allen Volksschichten ohne Unterschied der Parteien und Stände entnommen werden mußte, ist der Staat selber, der Ausdruck des Staatsganzen, und schon infolge ihrer Zusammensetzung gar nicht dazu imstande, das Instrument einer Herrschaft im Sinne einer Parteirichtung oder eines diktatorischen Willens zu sein.“

Die alte kaiserliche Armee setzte sich auch aus allen Schichten des deutschen Volkes zusammen, sogar aus einer erheblichen Anzahl von Demokraten und Sozialdemokraten.

„2. Mit sofortiger Wirkung verfüge ich die Einsetzung eines Kolonialreferats, das dem wehrpolitischen Amt anzugliedern ist.“

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung stempelt diese Maßnahme Hitlers zu einer Demonstration an die Adresse Schleichers: Siehe, Herr, dein Knecht Adolf ist zur loyalen Mitarbeit an der Erfüllung deiner aktuellen Wünsche bereit! — Hitler ist sich wohl des großen Machtvorsprungs bewußtgeworden, den Schleicher ihm abgewonnen hat.

„Severing gestand der gegenwärtigen Regierung (Papen) zu, daß sie die besten Absichten habe.“ (Aus dem Bericht über Severings Rede bei der Einweihung eines Ebert-Erzberger-Rathenau-Denkmal in Zwickau am Sonntag.)

### Deutscher Reichstag.

Die großen Fraktionen haben sich vor der großen Kanzlerrede bereits sämtlich versammelt; fast alle Mitglieder sind erschienen. Noch bis kurz vor der Eröffnung des Reichstages gingen Gerüchte um von einer beabsichtigten Verschiebung des Reichstages. Der Kanzler spricht etwa eine Stunde. In der Aussprache, die voraussichtlich am Dienstag beginnt, werden von den Nationalsozialisten Straßer, von den Sozialdemokraten wahrscheinlich Löbe und von den Kommunisten ein bisher noch nicht genannter Redner sprechen. Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett und gegen einzelne seiner Mitglieder haben bisher nur die Kommunisten eingebracht.

ist wegen ihrer Kritik an der deutschen Justiz auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichts Berlin-Mitte am Sonnabend beschlagnahmt worden.

Die sozialdemokratischen Zeitungen „Mecklenburgische Volkszeitung“ (Rostock) und „Das freie Wort“ (Schwerin) sind vom nationalsozialistischen mecklenburgisch-schwerinschen Innenministerium für die Woche vom 11. bis 17. September verboten worden. Das Verbot wird außer mit dem Hinweis auf angeblich unwahre Behauptungen über den jetzigen Reichstagspräsidenten Göring damit begründet, daß die genannten Zeitungen

die SA und SS beschimpft

hätten. Der mecklenburgische Innenminister macht sich damit einer Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen schuldig; denn in den Notverordnungsbestimmungen, auf die er sich ausdrücklich beruft (§ 6, Abs. 1, Ziffer 2 und 4, der Notverordnung vom 14. Juni 1932), ist keine Handhabe gegeben, aus einer Beschimpfung der Nazis einen Verbotgrund zu konstruieren. Hoffentlich lassen die geschädigten Zeitungen den illegalen Akt des Innenministers wenigstens durch eine gerichtliche Entscheidung als solche festnageln.

Und trotzdem war sie „das Instrument einer Herrschaft, eines diktatorischen Willens“, besser eines diktatorischen Willens, und das lag daran, daß dieses Heer ein über alle Maßen arrogantes Offizierskorps besaß, das seines obersten Kriegsherrn absolut würdig war. Was Herr Wolff nie in den demokratischen Schädell hineingehen wird: nämlich die Erkenntnis, daß eine Armee in einem Klassenstaat etwas anderes ist als in der von ihm einfach hinbehaupeten Volksgemeinschaft, die es nur geben kann, wenn die Klassenschichtung innerhalb der Staaten beseitigt ist — diese Erkenntnis, für deren soziologischen Unterbau Karl Marx ein Lebenswerk geleistet hat, hat auch die Arbeiterschaft längst nicht so aufgenommen wie ihr Kampf dies erfordert. Man muß, um noch ein Beispiel anzuführen, das geradezu kindlich anmutende Gestammel Wolffs lesen, mit der er die Sorgen ordentlicher Denker zu bannen sucht:

„Das demokratisch gesinnte Volk müßte nur verlangen, daß der organisatorische Aufbau der Miliz jegliche Einseitigkeit in der Rekrutierung unmöglich macht.“ Als wenn









# Der „Temps“ und die freie Wirtschaft.

Im „Temps“, einer der Zeitungen der französischen Schwerindustrie, ist kürzlich in einer Artikelreihe der Versuch unternommen worden, die Wirtschaft, in der Konkurrenz herrscht, gegen eine „dirigierte“ Wirtschaft, eine sozialistische Planwirtschaft, zu verteidigen.

## Der „Temps“ beschreibt die Vorteile der freien Konkurrenz.

Der Verfasser dieser Aufsätze im „Temps“ schildert die Vorteile der Konkurrenzwirtschaft und die Nachteile der Planwirtschaft, wie sie seiner Ansicht nach bestehen.

Zunächst nennt er einige Vorzüge der freien Wirtschaft: In ihr folgen alle Einzelnen ihren Interessen; aus dem Zusammenspiel der Kräfte ergoßen sich gewisse allgemeine Gesetzmäßigkeiten, die den Charakter von Naturgesetzen haben und die Vorherbestimmung von wirtschaftlichen Ereignissen erlauben: „Wenn die Nachfrage nach einem zum Leben notwendigen Artikel steigt, so steigt der Preis dieses Artikels, wenn sich sonst nichts ändert.“

Die freie Wirtschaft leiste aber noch mehr: Sie schaffe automatisch ein Gleichgewicht der Kräfte. Die Konkurrenz reguliere auf dem Wege über den Preismechanismus automatische Produktion und Verbrauch.

Die Arbeitsteilung spiele gleichfalls eine wichtige Rolle in diesem Mechanismus: „Sie schafft eine Berufsteilung gemäß den persönlichen Fähigkeiten und den natürlichen Bedingungen, erhöht die Produktivität der menschlichen Arbeit und führt zu einer gesellschaftlichen Solidarität, indem sie die einzelnen und die Gruppen von einander abhängig macht.“

Dieser Mechanismus jedoch — so fährt der Verfasser im „Temps“ fort — spielt nur dann, wenn alle Einzelnen unabhängig von einander handeln. Unternähmen sie aber gruppenweise die gleichen Handlungen, so werde das Gleichgewicht gestört, und Unordnung in den wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen sei die Folge. Dies trete zum Beispiel ein, wenn plötzlich große Massen von Sparern alle auf einmal ihre Ersparnisse von den Sparkassen abheben wollen. Vor allen Dingen aber finde dies in den folgenden beiden Fällen statt:

„Der Preisregulator verlangt die freie Konkurrenz. Wenn aber der Staat oder eine monopolistische Gruppe künstlich den Preis dieser oder jener Ware festsetzt, so ist das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht mehr gültig. Dann kann Ueberproduktion die Folge sein. — Die Arbeitsteilung setzt den freien Umlauf von Produkten, Kapitalien und Menschen voraus. Wenn aber Nationen oder Vereinigungen das Feld der menschlichen Tätigkeit in von einander abgeschlossenen Gebieten zertrennen, so verteilt sich die Arbeit nicht mehr gemäß den natürlichen Verschiedenheiten, und man wird fortwährend von einer Abweichung aus dem Gleichgewicht bedroht, die schlimmer ist als die, die man verhüten wollte.“

## Der „Temps“ gegen Planwirtschaft.

In diesen Sätzen liegen schon die Haupt Einwände rein wirtschaftlicher Art, die der Artikelschreiber des „Temps“ gegen die Planwirtschaft zu machen hat. In zwei späteren Aufsätzen fügt er noch zwei weitere Gesichtspunkte hinzu, die kurz so beschrieben werden können:

1. Die Planwirtschaft sei nur möglich in einem Staatswesen, in dem die Regierung eine sehr starke Macht in der Hand habe, die Widerstrebenden unter das Gesetz zu zwingen, — eine Macht, die um so despotischer sein müsse, je weitgehender die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft seien. Der Kollektivismus führe daher notwendig zur Despotie.

2. Die Planwirtschaft führe ferner notwendig zum wirtschaftlichen Nationalismus. Denn die Regierung, die die Wirtschaft in der Hand hat, werde versuchen, die Industrien ihres eigenen Landes künstlich zu fördern, und also die Autarkie anstreben, oder sie werde eine verwickelte Regulierung des Außenhandels einrichten, die nur dann gelingen kann, wenn Menge und Verschiedenheit der einzuführenden Waren sehr gering geworden sind. Wenn in der internationalen Wirtschaft der Preisregulator zu wirken aufhört, so wird ein Rückgang des Welthandels die Folge sein.

## Die Antwort des sozialistischen „Populaire“.

So viel über die im „Temps“ vertretenen Ansichten. Wie zu erwarten war, hat der sozialistische „Populaire“ auf jene Verteidigung der Konkurrenzwirtschaft sofort mit einem Hinweis auf die vielen Millionen Erwerbsloser geantwortet, deren Vorhandensein ein klarer Beweis dafür sei, daß in der Konkurrenzwirtschaft der viel gepriesene Mechanismus der Angleichung von Produktion und Konsumtion und der bestmöglichen Verteilung der Arbeitskräfte gar nicht besteht. Der „Temps“ hat sich bisher wohlweislich gehütet, auf diesen Angriff zu antworten. Im Rahmen der von ihm vertretenen Ansichten müßte er nämlich versuchen, die Massenarbeitslosigkeit völlig aus jenen monopolistischen Vereinigungen zu erklären, die die künstliche Festsetzung von Preisen und die Behinderung des freien Stromes von Waren, Kapital und Arbeit zum Zweck haben. Eine solche Erklärung aber würde ihm nicht gelingen.

Denn der „Temps“, getreu seiner Rolle als Vertreter der kapitalistischen Interessen, kennt nicht oder will neben den eben erwähnten Monopolen nicht kennen die weit schwerer wiegenden Klassenmonopole.

## Der „Temps“ stellt sich blind gegenüber Klassenmonopolen.

Wo der „Temps“ von den Hemmungen der Konkurrenz spricht, hätte er vor allen Dingen erwähnen müssen, daß die Proletarier sich in einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis von den Unternehmern befinden, das darauf beruht, daß jene um ihrer Existenz willen auf den sofortigen Abschluß eines Lohnvertrages angewiesen sind, während diese warten können, ohne ihr Leben zu riskieren. Dort, wo eine Klasse ohne jedes Produktionsmittel außer ihrer eigenen Arbeitskraft dasteht, findet die Berufsteilung nicht „nach persönlichen Fähigkeiten und natürlichen Bedingungen“ statt. Ferner: fragt man nach den Ursachen, warum dies so ist, so zeigt sich, daß im allgemeinen die Bodensperre die ausschlaggebende Ursache ist, ebenfalls ein Monopol und nicht das Ergebnis freier Konkurrenz.

Auf Frankreich angewandt: Die Unternehmer in Industrie und Landwirtschaft sind den Arbeitern überlegen, weil sie nicht so dringend auf den Abschluß eines Arbeitsvertrages angewiesen sind wie diese. Sie haben ihnen gegenüber also Vorteile in der Konkurrenz: Das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte besteht nicht. Und warum? Seit langer Zeit rekrutieren die französischen Unternehmer billige Arbeitskräfte aus Polen, Italien und Nord-Afrika. Mit Hilfe dieser billigen Arbeitskräfte treiben sie die französischen Arbeiter in die Zwangslage, entweder ungünstige Arbeitsbedingungen anzunehmen oder zu hungern. Auf dem Lande verwenden sie so billige, selbst während der Krise nach Frankreich eingeführte Arbeitskräfte, daß sie die Franzosen in die Städte treiben, wo sie rasch Arbeit annehmen müssen. In den Großindustrien beschäftigen sie Nicht-Franzosen aus den genannten Ländern bis zur Hälfte aller ungelerten Arbeiter. Jene Länder aber sind gerade solche, in denen durch rohe Gewalt seit langem Großgrundbesitz geschaffen und erhalten worden ist: die ihres Landes Beraubten müssen suchen, anderswo unterzukommen. Die polnischen Wanderarbeiter sind auch in Deutschland bekannt; die Existenz der Latifundien in Italien ist eine wohlbekannt Grundlage der dortigen Ausbeutungswirtschaft, die Zuteilung des Landes an einige große Gesellschaften in Nord-Afrika überrascht niemand, der mit den Methoden imperialistischer Kolonialpolitik vertraut ist.

Der Zusammenhang des gegenwärtigen Massenelends mit den hier genannten Klassenmonopolen der Unternehmer und der Großgrundbesitzer kann dem „Temps“, dem Blatt der Schwerindustriellen, nicht unbekannt sein. Logischerweise hätte er sie mit unter die Einrichtungen aufnehmen sollen, die das natürliche Gleichgewicht in der Wirtschaft stören, und zwar auf die Dauer stören. Der Artikelschreiber im „Temps“ kann sich auch nicht darauf zurückziehen, daß er sagt, es handle sich hier, anders als bei den staatlichen und privaten Monopolen der Herstellung oder des Verkaufs gewisser Waren, nicht um eine durch Verabredung aller Unternehmer oder Großgrundbesitzer geschaffene Einrichtung. Zur Aufrihtung der Klassenmonopole bedarf es solcher Verabredung gerade nicht. Und der „Temps“ gibt selber ein Beispiel einer Störung an, die nicht auf Verabredung beruht: den Fall, daß die Sparern einen „run“ auf die Sparkassen machen.

## Fehler auf beiden Seiten.

Der „Temps“ als Vertreter der kapitalistischen Klassen vorrechte zieht es vor, auf halbem Wege stehen zu bleiben, statt seine Erforschung der Hemmungen der Wirtschaftsfreiheit konsequent durchzuführen. Eben dadurch gibt er dem „Populaire“, der Gegner der freien Wirtschaft ist, leichtes Spiel. Dieser, genau wie der „Temps“, sieht nicht, daß der Kapitalismus auf Monopolen und nicht auf Konkurrenz beruht. Aber der „Populaire“ gibt die Existenz der Klassen zu und schließt daraus auf das Versagen der freien Konkurrenz. Der „Temps“ dagegen verteidigt die Konkurrenzwirtschaft und geht stillschweigend über das Klassenverhältnis hinweg, wenn er es nicht gar leugnet. Beide haben, nach dem, was wir gerade haben, unrecht. Im Kapitalismus besteht keine völlig freie Konkurrenz: Weder muß daher der Sozialismus in der Beseitigung der freien Konkurrenz bestehen, noch kann der Kapitalismus durch Hinweis auf die Vorteile der freien Konkurrenz gerechtfertigt werden.

Es liegt nun beim „Temps“, zuzugeben, daß er gar nicht die völlig freie Wirtschaft ohne jegliche Monopole befürwortet, oder aber die bestehende Wirtschaftsordnung als nicht seinem Ideal der Freiheit entsprechend zu verurteilen. Wir vermuten, daß er es vorziehen wird, sich überhaupt nicht zu äußern. Gerhard Kumbelen (Paris).

## Kriegszustand auf der Elbe. Ein Außenseiter setzt sich gegen Elbeschiffahrtkartell und Regierung durch.

Am 10. Juni 1932 hat die Regierung durch Verordnung ein Zwangskartell für die gesamte Schifffahrt auf der Elbe, den märkischen Wasserstraßen, der Saale und Trave gebildet. Diesem sogenannten Elbekartell müssen alle großen Reedereien angehören; die gesamte Kleinschifffahrt ist in Schifferbetriebsverbänden zusammengefaßt. Frachtausschüsse regeln die Frachtsätze. Ein fast lückenloser Bau nach dem Plan des Reichsverkehrsministeriums!

Und doch herrschen — wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt — auf der Elbe Zustände, die an Wild-West erinnern. Einzelne Landesregierungen weigern sich, die Verordnungen der Reichsregierung durchzuführen. Wie bekannt wird, wollen einzelne Länder sich nur dann für die Durchführung der Reichsverordnung einsetzen, wenn ihnen auf irgend welchen Gebieten Zugeständnisse gemacht werden!

Unter der Führung einer Hamburger Reederei hat sich eine kleine Opposition gegen das Zwangskartell gebildet, die ganz offen den Kampf gegen die Reichsregierung aufgenommen hat. Die zur Opposition gehörenden Firmen bestreiten die Rechtsgültigkeit der von der Reichsregierung erlassenen Verordnung. Die führende Firma der Opposition (Behncke & Mewes) betrachtet sich als außerhalb des Zwangskartells stehend, obwohl eigens zur zwangsweisen Befügung dieser Reederei eine Verordnung erlassen worden ist. Dem „Außenseiter“, der ja eigentlich gar kein Außenseiter ist, weil er dem Zwangskartell zwangsweise angeschlossen wurde, wurden die Fahrtause, die jedes Schiff und jeder Kahn auf der Elbe besitzen muß, entzogen. Die Kähne und Schiffe des Außenseiters dürfen also im Grunde auf der Elbe nicht mehr fahren. Aber auch darum kümmert sich diese Firma in keiner Weise!

Der Erfolg des Außenseiters: Er reißt das Geschäft an sich, da er sich nicht an die Bestimmungen des Kartells hält. Bei der ungünstigen Lage des Frachtenmarktes auf der Elbe wird dadurch, obwohl der Außenseiter verhältnismäßig wenig Schiffsraum hat, die Lage für die übrigen Reedereien und Schiffer sehr verschlechtert.

Anscheinend hat der Staat in zu vielerlei Dinge seine Nase gesteckt! Seine übrigen Organe reichen nicht aus, um seine Autorität auf all diesen Gebieten durchzusetzen; so tanzen ihm die Frechsten auf der Nase herum. Rpt.

# Zement-Unfug.

## Wann endlich freie Konkurrenz?

Deutsche Zeitungen beschwerten sich kürzlich über die Konkurrenz des niederländischen Zements auf dem westdeutschen Markt. Der holländische Haupterzeuger hat in Westdeutschland, zum Beispiel in Frankfurt, Aachen, Gladbach, Verkaufsstellen errichtet. Die Amsterdamer Zeitung „Telegraaf“ gibt darauf folgende Antwort: Deutschland verkaufe auf dem niederländischen Markt Zement zu einem Drittel der in Deutschland geltenden Preise. Infolgedessen sei die niederländische Zementindustrie genötigt, sich einen besseren Markt zu suchen. Da in Deutschland höhere Preise zu erzielen seien, sei ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf dieses Land gefallen. — Verständlich!

Die Niederländer möchten diesen für sie erfreulichen Zustand, daß sie

im eigenen Lande billigen deutschen Zement kaufen und gleichzeitig ihren eigenen Zement teurer nach Deutschland verkaufen

(obwohl sie dabei etwas unter den deutschen Inlandspreisen bleiben), anscheinend gern aufrecht erhalten. Die holländische Zementindustrie beabsichtigt, an Stelle des alten, Anfang dieses Jahres aufgelösten Zementkartells ein neues zu gründen und dann die Gewährung eines Einfuhrkontingents von der deutschen Regierung zu verlangen zum Ausgleich dafür, daß die deutschen Zementindustriellen ein Einfuhrkontingent nach Holland haben.

Es wäre wohl nicht schwer, diesem ganzen Spuk ein Ende zu machen, den Zement in Deutschland zu verbilligen, den holländischen Zementindustriellen die Absicht auszu-treiben, neuerdings ein Kartell zu gründen. Allerdings müßten dabei, wenigstens in Deutschland, manche Unternehmer ins Gras beißen. Darum wird es unter der Herrschaft kapitalistischer Regierungen vorläufig dabei bleiben, daß die Deutschen in der Hauptsache teuren deutschen und daneben etwas billigen holländischen Zement zu kaufen bekommen, auf der anderen Seite die Holländer billigen deutschen und (nach Gründung eines holländischen Kartells) teureren holländischen Zement, — bis beide Kartelle sich einigen und der Zement überall teurer ist.

## JAPAN

Abwrackaktion nach deutschem Muster: Die japanischen Reedereien erhalten eine Abwrackbeihilfe zum Abwracken von 500 000 Tonnen über 35 Jahre alten Schiffsraums von je 20 Yen (etwa ebenso viel Mark) pro Tonne. Damit Aufträge für die Werften herauskommen, wird die Abwrackbeihilfe an die Reedereien nur ausgezahlt, wenn sie für je zwei alte Tonnen eine neue Tonne Schiffsraum in Auftrag geben.

## DEUTSCHLAND

Zur Entlastung des Roggenmarktes: Die DGH (Deutsche Getreidehandelsgesellschaft) wird große Mengen Roggen aufkaufen, eosinieren (färben) und als Schweinefutter zu 14 Mark pro Doppelzentner verkaufen. Dabei entsteht der DGH ein Verlust von 4 bis 6 Mark pro Doppelzentner. Als Entschädigung erhält sie Scheine zum Bezug von zollverpflichteter Auslandsgerste. Diese Scheine dürfen erst in der zweiten Hälfte des Erntejahres verwendet werden; bis dahin werden sie wohl von der Reichsbank beliehen.

Die Gastwirte fordern: Keine neuen Konzessionen für Alkoholausschank in Schrebergärten. Untersagung der Errichtung von Imbißbecken in Warenhäusern. Zusammenlegung des Totensonntags und des Volkstrauertages. Dies sind einige der Forderungen, die vom 57. Deutschen Gastwirtetag am 8. September erhoben wurden, — eine treffliche Charakterisierung dieses Teils des deutschen Interessententums. Nach der Aussprache zu urteilen, empfinden die Gastwirte die Jugendherbergen als sehr lästige Konkurrenz. Immerhin haben sie deren Schließung noch nicht von Reichs- und Staatsregierungen verlangt. Sie müssen sich ja auch eine Forderung für den nächsten Verbandstag aufheben.

Benzinpreiserhöhung in Aussicht: Nach wochenlangen Verhandlungen ist Ende August die Wiederaufrichtung der deutschen Treibstoffkonvention beschlossen worden. Die Konvention umfaßt nahezu sämtliche deutschen Importeure und Erzeugerfirmen und erstreckt sich auf alle Betriebsstoffe sowie auf technische Benzine. Die Konvention wird Preis und Absatz von Treibstoff regeln. Schon jetzt wird aus Kreisen der neuen Vereinigung mitgeteilt, daß sich eine Erhöhung der Pumpenpreise nicht wird vermeiden lassen. — Nette Aussichten für den deutschen Kraftwagenverkehr!

## Schrumpfende Sparkassen-Einlagen:

Spareinlagen Ende Juni	9 800 Mill. Mark
Zugang im Juli: echte Neueinlagen	366 Mill. Mark
Zinsgutschriften	3 Mill. Mark
Aufwertungsgutschriften	3 Mill. Mark
zusammen	10 172 Mill. Mark
Auszahlungen im Juli	455 Mill. Mark
Spareinlagen Ende Juli	9 717 Mill. Mark

Der Einlagenbestand hat also um 93 Millionen Mark abgenommen. Die echten Neueinlagen waren um 36 Millionen Mark höher, die Auszahlungen um 11 Millionen Mark niedriger als im Vormonat.

## SCHWEDEN

Kreugers Platte in Zahlen: Die Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden ergibt das folgende Bild:

	Vermögen	Schulden
(in Millionen Kronen)		
Persönlicher Nachlaß von Ivar Kreuger	98	1 170
Direktor Sjöström	1,7	34,7
stellvertretender Generaldirektor Littorin	1,9	20,6
Kreuger & Toll	508	780

Wem Kreuger Gold gab: Der frühere Ministerpräsident Ekman und die Freisinnige Partei hatten 100 000 Kronen erhalten und inzwischen zurückgezahlt. Der Chefredakteur einer Stockholmer Zeitung hat leihweise 183 000 Kronen erhalten, eine schwedische Opernsängerin 35 000 Kronen. Der Redakteur der kommunistischen Zeitung in Stockholm hat 35 000 Kronen gegen Verpfändung von Aktien seiner Zeitung erhalten, die kommunistische Zeitung selber gegen Hypotheken und Bürgschaften 100 000 Kronen (1 Krone = 75 Pfennig),